

glüht von Haß und Empörung gegen die kapitalistische Barbarei, gegen Faschismus und will keine Klassenverräterische Koalitions- und Isolierungspolitik. Der Ruf des vollen Berlin ist der Schlachtruf gegen die Papen-Regierung, für die Niederwerfung des braunen Weltterrors, gegen die Durchführung der Hungernotverordnungen! Dafür demonstrieren wir am Sonntag, dafür machen wir mobil. Zeigt eure Macht, zeigt eure Zahl, zeigt eure Einheit! Die Antifaschistische Aktion marschiert!

Politischer Proteststreik in Thüringen

Erfurt, 1. Juli. In Schlotheim (Thüringen) sind die Arbeiter der Seifabrik Haselhuhn, die Landarbeiter des Rittergutes Schlotheim und die Kolonial- und Wirtschaftarbeiter in den politischen Proteststreik gegen die Verhaftung eines kommunistischen Stadtratsmitgliedes getreten. Die Verhaftung erfolgte willkürlich auf Grund einer Nazidenunzation, weil der Genosse angeblich ein paar Fensterscheiben eingeworfen haben soll.

Die Streikenden zogen in einer Massendemonstration am Rathaus. Eine Delegation von 11 Arbeitern, die die sofortige Freilassung des verhafteten Genossen forderten, wurde ebenfalls verhaftet. Die Polizei verhielt sich angesichts der Geschlossenheit der ganzen werktätigen Bevölkerung außerordentlich zurückhaltend. In einer Massenversammlung am Abend wurde beschlossen, den Kampf bis zur Freilassung aller verhafteten Arbeiter fortzuführen.

Hitlers Systembanden beim blutigen Handwerk

Leichdorf, 1. Juli. Vor einigen Tagen wurde ein Berliner Jungarbeiter Richard Schmidt, der sich hier zur Erholung aufhielt, von etwa 15 Systembanditen Hitlers überfallen und mit Dolchen, Knüppeln und Schlagringen derart zugerichtet, daß er heute noch bewusstungslos im Neuruppiner Krankenhaus liegt. Die Missetaten an seinem Aufkommen. Die Systembanden raubten dem Besinnungslosen noch seine Geldbörse und verließen nach vollbrachter „Seldentat“ das Arbeitergeleit. Verhaftet ist selbstverständlich noch keiner der Straßenräuber vom Halenkreuz, obwohl alle Teilnehmer des feigen Überfalls der Severing-Polizei bekannt sind.

Stuttgart, 1. Juli. Gestern Abend marschierten die uniformierten Systembanden Hitlers paraderend durch die Altstadt, wobei es zu schweren Zusammenstößen mit den Arbeitern kam. Die Polizei handelte ganz auf der Seite der Nazis, die einen Sturm auf das Gewerkschaftshaus vor hatten. Als die Polizei am Gewerkschaftshaus die Nazis abdrängen wollte, wurde sie von der SA beschossen und geschlagen. Drei Polizeibeamte wurden dabei verletzt.

Gotha, 1. Juli. Gestern nacht kam es in Gräfentonna zu schweren Zusammenstößen zwischen Nazis und Arbeitern, wobei einige Arbeiter verletzt wurden. Heute vormittag setzten sich die Zusammenstöße fort, dabei erhielten zwei SA-Leute schwere Verletzungen.

Antifaschistische

Einheitsfront an der Jannowikbrücke

An der Jannowikbrücke wurde gestern nachmittag ein Arbeiter von sechs Sanktmarken niedergeschlagen. Die in der Nähe befindlichen Bauarbeiter sprangen zu seiner Verteidigung hinzu.

Als dann noch eine Bereitschaft der Kampfbandjugend und einige Jungbannkameraden hinzukamen, blühten die Nazis. Bei diesem Anlauf wurde eine enge Verbindung zwischen der Kampfbandjugend und dem Jungreichsbanner dieses Gebiets geschlossen. Es wurde beschlossen, einen dauernden Straßenbereitschaftsdienst einzuführen.

Vor „Vorwärts“-Verbot durch Severing

Nachdem Severing die Entscheidung über das vom Reichsinnenminister von Gahl geforderte „Vorwärts“-Verbot dem Reichsgericht anvertraut hatte, ist von diesem gestern das Verbot als zulässig erklärt worden. Severing wird nunmehr noch heute das fünfjährige Verbot seines eigenen Parteiblattes verkünden.

Nicht so sehr der Zusammenhang zwischen der Aufhebung des SA-Verbotes und dem Erlaß der furchtbaren Papenschen Hungernotverordnung hat dem „Vorwärts“ sein Verbot eingebracht. Das mag zwar der Vorwand sein, ist aber nicht die wahre Ursache, die darin liegt, daß die Herren von Papen und Gahl Erfolge nötig haben, die von der außenpolitischen Niederlage der Regierung ablenken sollen. Gegenüber den imperialistischen Räubern von Paris, London und New York knieweich und wollen die Herren in der Wilhelmstraße wenigstens gegenüber der oppositionellen Presse Deutschlands ihre Stärke zeigen und durch drakonische Unterdrückung der Pressefreiheit das in Lausanne eingebüßte Renommee wieder gewinnen.

Rein, der „Vorwärts“ ist keine tödliche Waffe gegen die Papen-Gahl. Eine tödliche Waffe für Papen-Gahl sind nur die Presseorgane, die das werktätige Volk zu außerparlamentarischen Aktionen organisieren. Aber gerade die will der „Vorwärts“ nicht. Gerade gegen diese außerparlamentarischen Aktionen, die allein dem faschistischen Regime das Genick brechen können, heßt der „Vorwärts“. Er beschimpft die Kommunisten fast im Stil des „Angriffs“. Er läßt ihre reinen Absichten in der Bekämpfung der Faschisten in „egoistische Parteiaktionen“ um. Stampfer hat die Seiten des „Vorwärts“ in ebensolche Dolche gegen die proletarische Einheitsfront verwandelt und wirft immer neue Steine auf den Weg, der zur Schließung der proletarischen Einheitsfront führt.

Die Aufhebung der Pressefreiheit — das ist nicht Papens Willkür. Niemand anders als Severing und Grahlschiff haben durch ihre Verbote der kommunistischen Presse in ganz Preußen den Papen und Gahl vorgeschrieben, wie man der oppositionellen

Tot durch Papens Notverordnung

Invaliden-Selbstmorde vor dem Grauen des „Dritten Reiches“

Die Notverordnung der vom Halenkreuz tolerierten Papen-Regierung trägt ihre ersten furchtbaren Früchte. Strick und Gas-hahn erscheinen vielen Rentnern als der letzte Ausweg vor dem Grauen des „Dritten Reiches“. Der Berliner Arbeitsinvalide Max Karler, Neue Königstraße 73, dessen Rente auf 42 Mark herabgesetzt wurde, wovon er sich, seine Frau und drei Kinder ernähren sollte, bezahlte gestern nach Empfang der gekürzten Rentengroschen keine Schulden, wonach ihm noch ein Rest von 2 Mark verblieb. Damit schied er Frau und Kinder zu Spa. Er selbst stürzte sich aus seiner im dritten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof, wo er mit zerschmetterten Gliedern tot liegen blieb.

Die 68 Jahre alte Witwe Maria Kasnowski erlitt auf dem Postamt ND 43 beim Empfang ihrer auf 26 Mark herabgesetzten Rente einen Nervenzusammenbruch und wurde von hilfsbereiten Rentnern nach Hause gebracht. Freitag morgen schleppte sie sich auf Krücken im Hause herum, um ihre Schulden bei den Nachbarn zu bezahlen. Nach Bezahlung der Miete für ihr elendes Wohnloch verblieben ihr noch 30 Pfennig, die sie in den Gasautomaten steckte. Sie verklebte Tür und Fenster und drückte den Gas-hahn auf, um ihrem Leben ein Ende zu machen. Die durch den starken Gasgeruch aufmerksam gewordenen Nach-

barn alarmierten die Feuerwehr, von der die Witwe mit schweren Vergiftungen aufgefunden wurde.

Der Kleinrentner Simon Meier, Schöneberg, Eise-nacher Straße 60, stürzte sich aus Verzweiflung über die neue Kürzung seiner Hungerrente aus dem zweiten Stock auf die Straße.

Das ist der „Wohlfahrtsstaat“ der von den Nazis unter-schlüchten Papen-Regierung. Schluß mit diesem System, das Groß-industriellen und Junkern Millionengehälter in den Taschen wirft und gleichzeitig hunderttausende Proletarier zum qualvollen Hungertod verurteilt. Schluß mit der Verhöhnung der Rentner durch das Zentralorgan der „Eisernen Front“, den „Vorwärts“, der vorgestern wörtlich schrieb:

„Bis zur Wahl am 31. Juli haben die Rentnempfänger einen vollen Monat ihrer neuen Erfahrungen hinter sich und Gelegenheit, ihrer Meinung deutlicher Ausdruck zu geben. Das ist auch das einzige, was sie tun können...“

Die Masse der Rentner wird mit Empörung ablehnen, das „Vorwärts“-Rezept zu befolgen. Sie wird nicht stillhalten und verhungern. Sie wird in den Reihen der Antifaschistischen Aktion kämpfen, bis das faschistische Hungersystem hinweggefegt ist.

Preussischer Staatsrat sabotiert Amnestie

SPD. und Zentrum als Kerkermeister unserer Gefangenen

In der gestrigen Sitzung erhob die Mehrheit des Preussischen Staatsrates, Sozialdemokraten, Zentrum, Staatspartei und der größte Teil der Arbeitsgemeinschaft der Rechten, Einspruch gegen das vom Landtag angenommene Amnestiegesetz.

Für die kommunistische Fraktion hatte Genosse Torgler in schärfster Weise gegen diese Verhinderung der Amnestie für die proletarisch-politischen Gefangenen protestiert und die Rolle des Staatsrates als Sicherheitsfaktor der Papen-Regierung gegen unbequeme Landtagsbeschlüsse gekennzeichnet.

In der nächsten Woche wird sich der Preussische Staatsrat noch einmal mit der Amnestiefrage beschäftigen, er will dem Landtag einen eigenen Amnestiegesetzentwurf unterbreiten. Auch bei dieser Beratung werden die Kommunisten die Forderungen ihres Amnestieentwurfes zur Geltung bringen. Sowohl die wegen politischer Delikte Verurteilten, als auch alle wegen Vergehen aus wirtschaftlicher Not Inhaftierten müssen heraus! Dafür kämpfen wir und wir wollen sehen, ob die SPD, die verbrecherische Taktik fortzusetzen magt, mit der sie gestern im Staatsrat die Enthaltung von tausenden Antifaschisten verhindert hat.

22 Mietervereinigungen verweigern Zahlung der Hauszinssteuer

Im Unterbezirk Nordost fanden heute abend 20 bis 22 Mietervereinigungen für die Schliemann-, Stargarder-Straße, Pappel-Allee, Kastanien-Allee statt, die gegen die drohende Erhebung der Hauszinssteuer und gegen die Polizeimaßnahmen in dieser Gegend protestierten. Die Polizei treibt seit einigen Tagen nach 10 Uhr alle Anwohner der genannten Straßen, die vor den Haustoren stehen, in die Häuser.

Die Versammlungen wurden teils auf den Höfen und teils in nahegelegenen Lokalen abgehalten. Überall sprachen Vertreter der KPD, und es entwickelten sich lebhafte Diskussionen. In jeder Versammlung wurde ein Mieterrat von drei Mietern gewählt. In allen Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die inhaltlich folgendes fordern:

Die Mieter weigern sich einmütig, ab 1. August die Hauszinssteuer zu zahlen. Sie fordern die Aufhebung der Papenschen Notverordnungen über Renten- und Unterstützungsabbau und Salz- und Schlachtsteuer. Weiter wird die sofortige Zurückziehung der Polizei aus den obengenannten Straßen verlangt.

Angestellte in der Antifaschistischen Aktion

Die Redaktion der oppositionellen Zeitung „Der Angestellte kämpft“ hatte gestern eine Angestelltenkonferenz einberufen. Sie gestaltete sich zu einer großen Kundgebung der Einheitsfrontbewegung gegen die faschistische Reaktion, gegen das Hungeregime der Papen-Regierung. Reichstagsabgeordneter Genosse Torgler sprach zu etwa 400 Kollegen, darunter besonders zahlreiche Angestelltenräte und Funktionäre des IFA, GdA, DSA, und anderer Verbände. Sein Referat wurde häufig von großem Beifall unterbrochen.

„SA“ hat Erscheinen eingestellt

Die „Sozialistische Arbeiterzeitung“, das Organ der SA, das am Freitag nach dem fünfjährigen Verbot wieder erscheinen sollte, ist nicht erschienen, und zwar aus finanziellen Gründen. Der Drucker hat sich geweigert, die Zeitung weiter zu drucken, da Schulen in Höhe von 35 000 Mark bestehen. Die Zeitung erscheint jetzt in Breslau, wo bisher ein Kopfbild erschien. Den gesamten Redaktionsstab in Berlin ist gekündigt worden bis auf Wederle, der nach Breslau geht.

Japan befehlt Zollamt an Sowjetgrenze

Schanghai, 1. Juli. Japanische Polizei hat nach der Weisung des chinesischen Zollamtes in Dairen auch die Zollämter der mandschurischen Grenzstädte Mandschukui und Mandschuria befehlet und die Zoll-einnahmen beschlagnahmt. In Mandschuria an der sibirischen Grenze rückte ein großes Aufgebot von japanischer Polizei an, umzingelte das Zollgebäude und besetzt es kriegsmäßig.

Sowjetantenne schon überzeichnet!

Moskau, 1. Juli. Die Antenne des vierten abfliehenden Jahres des Fünfjahresplanes hat bereits zwei Milliarden erreicht. Als erste haben das Leningrader und Moskauer Gebiet den Plan erfüllt. Planerfüllung melden auch die meisten Industriezentren. Weiter haben viele kollektivwirtschaftliche Areale in zahlreichen großen landwirtschaftlichen Bezirken des Moskauer und Leningrader Gebiets sowie der Ukraine, Tatariens usw. die Antenne schon vor der amtlichen Freilassung vollgezeichnet. In einigen Bezirken ist die Antenne sogar überzeichnet worden.